

„AKN-Ausbau nicht für Straßenbahn opfern“

M. 3.
Nord. 2.

CDU räumt dem **Ausbau einer elektrifizierten S-Bahn-Strecke** Vorrang ein

FRANK KNITTERMEIER

KREIS SEGEBERG :: Die AKN-Stammstrecke nach Kaltenkirchen soll nach Vorstellungen der schleswig-holsteinischen CDU zu einer elektrifizierten S-Bahn-Linie, die eine umsteigefreie Verbindung von Kaltenkirchen bis in die Hamburger Innenstadt ermöglicht, ausgebaut werden. Zur zielführenden Abstimmung werde dringend ein Gespräch mit dem Hamburger Senat gefordert, sagte Fraktionsvorsitzender Johannes Callsen anlässlich eines Besuches seiner Fraktion bei der AKN in Kaltenkirchen.

Der CDU-Kreisvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Gero Storjohann fordert die Landesregierung auf, die S 21 endlich als vorrangiges Verkehrsprojekt bei der Bundesregierung anzumelden. „Die elektrifizierte S 21 mit einer umsteigefreien Verbindung zwischen Kaltenkirchen und Hamburg ist ein wichtiges zukunftsweisendes Projekt für unsere Region“, sagte Storjohann.

Der Landtagsabgeordnete Volker Dornquast aus Henstedt-Ulzburg warnte in diesem Zusammenhang vor einer weiteren Verzögerung der Elektrifizierung der Strecke Eidelstedt-Kaltenkirchen. Die für den vergangenen Herbst angekündigte Machbarkeitsstudie liege

immer noch nicht vor. „Die Landesregierung treibt die Kieler Stadtregionalbahn voran, der Ausbau der Hamburger Regionalbahn stockt, angesichts der Pendlerströme ist das Wahnsinn“, sagte Dornquast. Der AKN-Ausbau dürfe nicht für eine Kieler Straßenbahn geopfert werden. „Wir brauchen den Anschluss an das Hamburger S-Bahn-Netz dringend.“

Alle Abgeordneten des Segeberger Kreistages sind dafür, den bisherigen Planungsraum beizubehalten.

Während ihres Besuches im Kreis Segeberg hat die CDU-Fraktion die Ablehnung einer Zerschneidung des regionalen Planungsraumes I unterstützt: „Bei aller Konkurrenz arbeiten Pinneberg, Segeberg, Stormarn und Lauenburg exzellent zusammen“, sagt Fraktionschef Johannes Callsen. „Es wäre ein großer Fehler, wenn die Landesregierung diesen Planungsraum zerschlagen würden.“ Ein eingespieltes Team im Hamburger Raum dürfe nicht auseinander gerissen werden. Erklärtes Ziel der Landesregierung ist es, die Zahl der Planungsräume zu reduzieren. Ein erster Vorschlag des Landes zur Umset-

zung sieht vor, den Planungsraum I mit den Kreisen Pinneberg, Stormarn, Herzogtum Lauenburg und Segeberg zu teilen und den benachbarten Planungsräumen II und IV zuzuschlagen. Auf diese Weise will das Land die Entwicklung in Schleswig-Holstein zielgerechter steuern.

Der Segeberger Kreistag vertritt diese Auffassung ebenfalls. Er sprach sich am Donnerstag einstimmig gegen einen Neuzuschnitt der Räume für die Regionalplanung ab. Alle Abgeordneten votierten dafür, den bisherigen traditionellen Planungsraum beizubehalten. Es werde eine wie auch immer geartete Aufteilung dieses einheitlichen Verflechtungsraumes um die Metropole Hamburg abgelehnt, heißt es in der Stellungnahme des Kreises Segeberg. Es sei wichtig, in Südholstein mit einer Stimme zu sprechen. Die Arbeitsgemeinschaft der Hamburger Randkreise sei gut aufgestellt und in der Lage, die Regionalpläne auf einen aktuellen Stand zu bringen.

Sollte aus Sicht der Landesregierung dennoch eine Reduzierung der Zahl der Planungsräume unerlässlich sein, unterstützt der Kreis Segeberg den Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft Hamburg-Rand mit einem einheitlichen Planungsraum für den Landesteil „Metropolregion Hamburg“.